

# Streitzeit



## ■ Steuerreform: Wirkungslos und ungerecht

Streitzeitserie: „Weiter so“ geht nicht, Teil 3

Eine ständige wirtschaftsliberale Kernforderung ist die nach einer neuerlichen Steuerreform, die „leistungsorientiert und einfach“ sein soll. Erst stand sie in den Thesen der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) „Zwölf Bausteine für Wachstum und Beschäftigung“, später dann konkret im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Dabei irritiert Otto und Liesel Normalverbraucher insbesondere der Begriff „Leistungsträger“. Sind nun Arbeiter und Angestellte gemeint, die in Werkshallen und Büros für Lohn und Brot buckeln? Oder sind diejenigen gemeint, die das Geld für sich arbeiten lassen? Folgende Zahlen geben klare Antworten.

### Mehr Vermögen, weniger Steuern

Zwischen 2001 und 2005 ist unser Volkseinkommen um 81 Mrd. Euro gestiegen (+5%). Die insgesamt darauf gezahlten Steuern und Sozialabgaben hingegen sind um 46 Mrd. Euro gesunken (-9%). Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen um 106 Mrd. Euro (+25%), während die darauf tatsächlich gezahlten Steuern um 16 Mrd. Euro schrumpften (-13%). Im gleichen Zeitraum schwoll die gesamte staatliche Verschul-

dung um 280 Mrd. Euro an, während sich das private Geldvermögen um 525 Mrd. Euro vermehrte. (Quelle: Jarras, L., in: IG Metall Monatsmagazin 2-7/2007).

Wen wundert es da, dass die OECD 2009 in einer internationalen Länderstudie zu dem Ergebnis gekommen ist, dass „die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland besonders ungerecht verteilt ist.“ Das OECD-Fazit: Untere bis mittlere Einkommensklassen müssen deutlich mehr Steuern und Abgaben schultern als in anderen Industrieländern, und bei Spitzenverdienern sinkt die Belastung sogar.

### Kein Wachstum...

Jetzt verspricht Schwarz-Gelb rund 28 Mrd. Euro Steuerentlastungen – mehrheitlich für Besserverdienende – bei gleichzeitiger Konsolidierung der Staatsfinanzen. Dieses finanzpolitische Wunderwerk soll durch

Wachstum infolge der Steuerentlastungen gelingen. Leider bringt 1% Wachstum aber nur 5,5 Mrd. Euro in die Staatskasse. Und Untersuchungen wie die oben genannte OECD-Studie widerlegen, dass reduzierte Steuersätze in der Globalisierung überhaupt einen messbaren Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben.

### ... aber mehr Schulden

Dafür erhöhen weniger Steuern die Staatsschulden (s. Grafik). Das Geld holt sich der Staat bei den Arbeitnehmern über höhere Abgaben und private Zuzahlungen für Sozialleistungen zurück.

Der Staat verteilt also wirkungslose Steuergeschenke und kürzt dafür Leistungen, die die Menschen in der Krise noch nötiger brauchen als ohnehin schon.

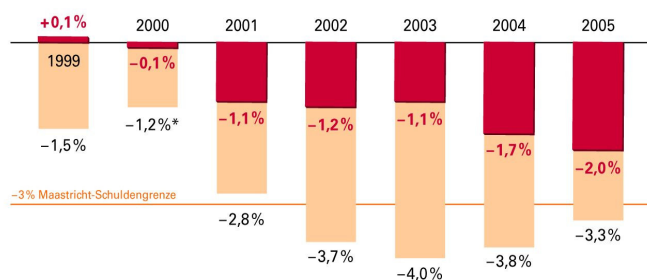
## ■ Viel Wohlstand für wenige

„Hätten wir keine Regel, die das Stehlen verbietet, würde niemand etwas verkaufen oder kaufen. Es wäre viel einfacher, die benötigten Güter zu klauen. Aber der Schluss, weil wir diese Regeln brauchen, funktioniert der Kapitalismus nicht, ist unsinnig. Auf den Finanzmärkten wurde einfach nicht ausreichend und richtig reguliert, daher funktioniert das System nicht“, sagte Dennis J. Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, im „Stern“-Interview (8.10.08). Nun bewegt die LeserIn natürlich die Frage, was ist „ausreichend“ und was ist „richtig“?

Und genau darum geht es letztlich in der politischen Auseinandersetzung mit Politik und Wirtschaft. Es ist ein harter Verteilungskampf, den Wirtschaftsliberale nunmehr seit Jahren mit ihrem Mantra „Der Markt macht’s“ führen. Es geht ihnen um Einkommen und Vermögen. Und darum, wer von beidem gewinnt und wer an beidem verliert. Oder anders ausgedrückt: Viel Wohlstand für wenige, dafür wenig Wohlfahrt für den Rest!

### Niedrigere Steuern vergrößern das Defizit

■ Mindereinnahmen infolge von Steuerensenkungen trugen so zum Haushaltsdefizit bei (in Prozent des BIP)



\*ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Truger 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

ViSdP Timo Günther  
DGB-Bezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089-51 700-210  
Telefax: 089-51 700-211  
E-Mail: bayern@dgb.de